



echo der arbeit

17

Herausgeber: Hüttenwerk Oberhausen AG
Verantwortlich: Direktor Karl Strohmenger
Redaktion: Karl-Heinz Sauerland und Rainer Bockhorst
Oberhausen (Rhld.), Essener Straße 66
Telefon: 24681 — Nebenstellen 2347 und 4267

ECHO DER ARBEIT ist eine zweimal monatlich erscheinende Werkzeitschrift der Hüttenwerk Oberhausen Aktiengesellschaft. Die Zustellung erfolgt kostenlos.

Herstellung: Vereinigte Verlagsanstalten
Oberhausen (Rhld.) + Düsseldorf
Klischees: Vignold, Essen

Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gezeichnet sind, stellen die Meinung des Autors und nicht unbedingt die der Redaktion dar.

AUS DEM INHALT:

Selbstkritische Bestandsaufnahme
GHH-Kontrapunktbrücke dem Verkehr übergeben
Mitbestimmung und Demokratie
Ein Aufruf an alle: Helft Wasser sparen!
Hüttenwerker stellten sich vor
Piepenhein und Wottelbuck
VA-Supereffe im Knappenviertel
Hersehen, Mopedfahrer!
Einnahmen und Ausgaben des Bundes

BEI UNSEREM TITELBILD geht es nicht so sehr um die genaue Wiedergabe technischer Einzelheiten als vielmehr um die graphische Konstruktion. Der Zeichner — oder richtiger die Zeichnerin — hat sich bei der Arbeit allein von dem Eindruck leiten lassen, den das Werk als Ganzes auf sie gemacht hat. Daraus ist dieses Titelbild entstanden, das selbstverständlich keinen Anspruch auf fotografische Genauigkeit erheben kann, sondern eher „künstlerischer Freiheit“ entsprungen ist. Wir verweisen unsere Leser aber auch auf die Rückseite der vorliegenden Ausgabe.

Der ›Waffenstillstand‹ im US - Stahlarbeiterstreik

In den letzten Wochen hat es viel Aufsehen gegeben um den amerikanischen Stahlarbeiterstreik. Nun hat am 7. November der Oberste Gerichtshof der USA, die dritte Staatsgewalt neben Regierung und Parlament, entschieden, daß die Anwendung des Taft-Hartley-Gesetzes den Rechtsgrundsätzen entspricht. Dieses Gesetz, das nach den Streikwellen von 1947 entstanden ist, heißt amtlich „Labor Management Act“, wird aber nach den republikanischen Senatoren Taft und Hartley, die es gegen den Willen des damaligen Präsidenten Harry S. Truman im Kongreß durchfochten, meist Taft-Hartley-Act genannt. Das Gesetz gibt dem Präsidenten der Vereinigten Staaten u. a. die Handhabe, einen Streik für die Dauer von 80 Tagen auszusetzen und die Sozialpartner an den Verhandlungstisch zu zwingen. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß durch den Streik die „nationale Wohlfahrt“ gefährdet wird. Und eben diese Grundsätzlichkeit wurde von der Gewerkschaft bestritten. Nachdem in erster Instanz das Distriktgericht Pittsburgh diese Voraussetzung bejaht, während das Berufungsgericht Philadelphia diese Meinung verwarf, bis schließlich in letzter Instanz der Oberste Gerichtshof in Washington das Urteil verkündete, daß die Bestimmungen des Taft-Hartley-Gesetzes in Anwendung zu bringen seien. Denn während zunächst die Auswirkungen des Streikes das Wirtschaftsleben des Landes kaum spürbar beeinflussen, wurden in den letzten Wochen doch mehr und mehr andere Industrien, vor allem die Automobilindustrie, in Mitleidenchaft gezogen. — Zweifellos ging es bei dem Streik nicht ausschließlich um Lohnforderungen; Kernpunkt des Konfliktes war vielmehr, daß die Arbeitgeber als Vorbedingung für jede Lohnerhöhung die Abänderung der „Work Rules“ verlangten, die den Arbeitern innerhalb der Arbeitsordnung gewisse Vorrechte einräumen. Gewerkschaftssprecher nannten dies eine „Rückschraubung der sozialhistorischen Uhr“ und mobilisierten ihren Abwehrwillen. Wohl die ganze Welt hat das zähe Ringen in der amerikanischen Stahlindustrie monatelang mit höchster Aufmerksamkeit verfolgt. Auch in unserer Belegschaft wurde des öfteren über den Streik in den amerikanischen Werken diskutiert. Der folgende Bericht wird uns von dem bekannten Rundfunk-Kommentator Peter von Zahn gegeben und schildert die Situation während der nun eingetretenen 80tägigen „Abkühlungsperiode“.

Der große amerikanische Stahlarbeiterstreik wird in die Geschichte der modernen Arbeitswelt eingehen...

1. weil er so lange währte. Als am 7. November das Oberste Gericht der USA dem Streik ein vorläufiges Ende setzte, war er in seinen 117. Tag eingetreten. Er war damit länger als der Metallarbeiterstreik in Schleswig-Holstein 1956. Der schleswig-holsteinische Metallarbeiterstreik, der seit 1905 längste Streik in Deutschland, umfaßte nur einen Bruchteil der halben Million Arbeiter, die in Amerika 117 Tage lang auf mehr als drei Dollar Stundenlohn verzichteten, um Dinge zu verteidigen, die ihnen wichtiger erschienen. Der Streik ist bedeutend...

2. weil er völlig gewaltlos geführt wurde, wenn man von dem gewaltigen Druck ökonomischer Mächte absieht. Die Streikposten spielten Karten, keine der Stahlgesellschaften versuchte, den Streik auf die herkömmliche Art zu brechen. Die bestreikten Firmen versorgten die Streikposten sogar mit Licht und Heizung und für die Nächte mit einem Dach über dem Kopf. Alle Emotionen, und deren stauten sich viele auf bei dieser Machtprobe, kamen ausschließlich am Verhandlungstisch und in Presseerklärungen zum Ausdruck. Die Gewerkschaften warfen den Mammutgesellschaften vor, sie wollten unter dem Vorwurf des Kampfes gegen die Inflation die wohlverworbenen Rechte der Arbeiter im Betrieb brechen, etwa hunderttausend Arbeiter auf die Straße setzen und die Uhr ein Vierteljahrhundert zurückstellen. Die elf bestreikten Stahlgesellschaften, die zusammen fast 85 Prozent der amerikanischen Produktion auf sich vereinigen, bezichtigten andererseits die Gewerkschaften der Machtgier und des Mangels an Rücksichtnahme auf die Wettbewerbslage am internationalen Stahlmarkt. Was den letzteren Vorwurf anbetrifft, so wurde er angesichts der großen Gewinne der Stahlindustrie in der amerikanischen Öffentlichkeit mit stark geteilter Meinung aufgenommen. Neutrale Beobachter aber sind sich darüber einig, daß die Unternehmer und Arbeiter der Stahlindustrie in den vergangenen Jahren eine Lohn- und Preispolitik getrieben haben, die nicht ohne Gefahren für die Stabilität der Währung gewesen ist. Dieser Misere mußte früher oder später ein Ende gesetzt werden. Ob allerdings die Arbeiter allein die Leidtragenden sein sollen, wie sie es bei endgültiger Ablehnung ihrer Forderung sein würden, ist eine andere Frage.

500000 gingen vorige Woche zurück in die Betriebe, weil es acht Männer in Washington so entschieden. Das Oberste Gericht fand mit acht gegen eine Stimme, daß die Anwendung des Taft-Hartley-Gesetzes in diesem Fall gesetzmäßig sei. Es beginnt also die sogenannte „Abkühlungsperiode“ von 80 Tagen. Wenn bis zum 6. Tag, also bis zum 6. Januar, keine Einigung zwischen den Parteien erreicht ist, stimmen die Arbeiter über das letzte Anerbieten der Unternehmer ab. Sagt die Mehrheit „Nein“, treten die Belegschaften am 26. Januar wieder in den Streik, und zwar dann theoretisch für unbegrenzte Dauer: Gegenwärtig besteht in den Stahlwerken die grimmige Entschlossenheit, nach 80 Tagen wieder in den Ausstand zu treten. Die Gewerkschaft vertritt die Ansicht, daß die Regierung mit den großen Gesellschaften „unter einer Decke stecke“, weil sie durch Anwendung des Taft-Hartley-Gesetzes die Belegschaften genau in dem Augenblick in die Werke zurückgezwungen habe, da die Gesellschaften das Zwicken der leeren Kassen und Läger zu fühlen begannen. Wie sich dieses Gefühl politisch ummünzt, wird das kommende Wahljahr lehren. Die Regierung und die Unternehmer hoffen beide, die Gewerkschaften angesichts der psychologisch schwierigen Schwelle einer für die Haushaltungen erneuten „knappen“ Periode mitten im Winter verständigungsbereiter zu finden bei den Unterhandlungen, die während der 80 Tage vor sich gehen werden.

Für den Fall, daß keine Einigung zustande kommt, bereitet die Regierung ein Gesetz vor, das dem Kongreß Mittel in die Hände geben soll, die einer Zwangsschlichtung gleichkämen. Das soll als Peitsche wirken, jedoch möglichst nicht zum Gebrauch gegen diese beiden Machtgruppen in der Grundstoffindustrie, die das Land immerhin an den Rand einer ökonomischen Krise getrieben haben. Äußerlich ist von dieser Krise im Lande lange so gut wie nichts zu bemerken gewesen. Das ist der...

3. erstaunliche Punkt. Außer den streikenden Arbeitern waren bis vor kurzem nur ungefähr hunderttausend Eisenbahner, Erzschiffer und Bergleute durch den Streik betroffen. Die gesamte Industrie produzierte weiter, als sei alles in bester Ordnung. Die Läger waren bei Beginn des Streiks bis zum Bersten gefüllt. Das beweist, daß die amerikanische Stahlindustrie mit Leichtigkeit in einem Dreivierteljahr den Bedarf eines ganzen Jahres decken kann. So groß sind ihre Produktionsreserven. Anfang des Monats war jedoch das Ende erreicht. In rapider Folge mußte z. B. die Automobilindustrie eine Viertelmillion Arbeiter entlassen. Da es zwischen zwei Wochen und sechs Wochen dauert, bis die Stahlwerke ihre volle Produktion wieder erreicht haben und die Unsicherheit bleibt, über das, was in 80 Tagen folgt, ist mit einer monatelangen Stagnation der amerikanischen Wirtschaft zu rechnen. Der Boom, zu dem sie sich anschickte, ist vorderhand gestoppt. Das Verhältnis zwischen Arbeiterschaft und Unternehmertum wird auf längere Zeit, wie auch die endgültige Entscheidung aussehen mag, gestört bleiben. „Die Toga des Staatsmannes werden wir jetzt ein Weilchen an den Nagel hängen“ — sagte einer der Unterhändler der Gewerkschaft.



Eisenhüttentag 1959

Selbstkritische Bestandsaufnahme

Prof. Schenck kündigt verschärften Wettbewerb auf dem Stahlmarkt an — Enttäuschende Entwicklung des Forschungs- und Bildungswesens

Der diesjährige Eisenhüttentag, zu dem sich 4500 Hüttenleute, darunter Gäste aus 24 europäischen und überseeischen Ländern, in der Landeshauptstadt Düsseldorf versammelten, fand — im Gegensatz zum Vorjahr — vor aufgehelltem Konjunkturmilieu statt. Höhepunkt der Veranstaltung war die Hauptvortragssitzung in der Rheinhalle, die zu diesem Zweck eigens umgebaut worden war und damit gewissermaßen die Generalprobe für die im nächsten Jahr anstehende Feier zum 100jährigen Bestehen des Vereins Deutscher Eisenhüttenleute (VDEh) zu bestehen hatte.

Abschluß und zugleich Krönung der Veranstaltung war wie immer das Schlußwort des Vorsitzenden des Vereins, Prof. Dr.-Ing. Dr.-Ing. E. h. Hermann Schenck. Er behandelte die aktuellen, für die Eisenhüttenindustrie wichtigen Fragen von nationaler und internationaler Warte. Er gab sehr eindringliche Mahnungen und Anregungen, die weit über das fachliche Interesse der Versammlungsteilnehmer hinaus, auch die Belegschaften der Werke angehen.

Insgesamt sagte Professor Schenck einen in seiner Schärfe unablässig wachsenden Wettbewerb in der Stahlindustrie voraus. Im Hinblick auf den Konjunktur-

rückgang zu Anfang dieses Jahres meinte Schenck, wenn man Flauten auch naturgemäß nicht gern sähe, so seien sie in ihrer psychologischen Auswirkung doch nützlich oder sogar unentbehrlich, weil sie Fremd- und Eigenkritik weckten, auf die der Zustand ununterbrochener Zufriedenheit sonst einschläfernd wirke. Auch erkenne man bei Niedrigwasser besser das Bett des Stromes, in dem man fahre.

Die Lage zwingt zu einer andauernden Prüfung der Wettbewerbsbedingungen der Eisen- und Stahlproduktion, zumal die politischen Stürme dieses Jahrhunderts auch die Stellung der alten klassischen Industrieländer grundlegend geändert hätten. Schenck erinnerte daran, daß der Komplex Rußland — China ein in seiner industriellen Aktivität unübersehbares Merkmal unserer Zeit sei. Hinzu komme das erwachende Selbstbewußtsein vieler Völker, die sich vor die Frage „Kolonialvolk oder Industrievolk?“ gestellt sähen, und die den eigenen Markt, womöglich noch den der Nachbarn, aus eigener Kraft zu versorgen gedächten. Zwar werde das Vordringen neuer Erzeuger die Produktionshöhe in den herkömmlichen Industrieländern nicht unmittelbar beeinflussen, wohl aber werde dies voraussichtlich zur Folge haben, daß sich die Art und Qualität des Produk-

tionsprogramms unserer Stahlprodukte für solche Märkte ändern müsse.

Man brauche aber gar nicht in die Politik zu gehen, um den Wandel des Bedarfs zu bemerken, sondern nicht zuletzt auch die kürzlich in Düsseldorf durchgeführte Internationale Kunststoff-Ausstellung habe bewiesen, daß die Werkstoffe der chemischen Industrie unverkennbare Möglichkeiten zeigten, auch mit den Stahlerzeugnissen in Konkurrenz zu treten.

Bei solchen Betrachtungen springe in die Augen, in welch hohem Maße verschiedene Länder Vorteile aus ihrer eigenen Erzbasis zu ziehen imstande seien. Zum Beispiel die Sowjetunion und Frankreich seien auf fremde Lieferungen überhaupt nicht angewiesen und daher viel eher in der Lage, Preisregulierungen vorzunehmen. Die deutschen Hüttenwerke dagegen seien gezwungen, drei Fünftel ihres Eisenerzbedarfs aus dem Ausland zu decken. Wenn auch die Erschließung neuer Erzlagstätten im Raume Gifhorn und Staffhorst zu gewissen Hoffnungen berechtige, so komme dennoch die deutsche Stahlindustrie nicht umhin, durch kostspielige Kapitalinvestitionen die Sicherung auswärtiger Erzbasen verstärkt weiterzuführen.

Das Vordringen von Öl und Erdgas habe zwar die Hüttenwerke bis heute noch nicht nachteilig berührt. Viele Werke hätten zudem — ebenso wie die Haushalte — von der bequemen Handhabung dieser Brennstoffe Gebrauch gemacht. Doch seien die Schwierigkeiten des Kohlenbergbaus nicht zuletzt auch die Schwierigkeiten der Hütten. Die strukturelle Wandlung auf dem Energiesektor zeige, daß größere Wandlungen sich heute nicht lange vorher ankündigten, und daß der Ingenieur mit um so mehr Phantasie und Wandlungsfähigkeit auf Überraschungen gerüstet sein müsse. Prof. Schenck gab zu bedenken, daß neue Verfahren, die

Vernunft, den Weitblick und den guten Willen der Partner gesetzt werde. Es dürfe nicht wundern, daß der Ostblock große Sicherheit aus der Tatsache gewinne, daß er immer wieder Gelegenheit habe, mangelnde Koordinationsbereitschaft im Westen festzustellen.

Zum Stahlpreis-Problem meinte Schenck, es sei bekannt, in welch hohem Maße unsere westlichen Nachbarn ihre Erzeugungstätten vervollkommen und den Stahl damit verbilligt hätten. Wörtlich: „Auf einen Kostenvorsprung, der hierdurch entstanden ist, müssen wir uns einstellen. Ein politischer Druck auf den französischen Stahlpreis aber entspricht nicht dem Standpunkt europäischer Marktwirtschaft und ist abzulehnen.“ —

Die verschärfte Wettbewerbslage, so betonte Professor Schenck, treffe zusammen mit einem Zeitabschnitt, in dem gerade die politisch ideologischen Weltanschauungen die Erzeugung von Eisen und Stahl zum Symbol ihres Wettkampfes machten. Man wisse, daß die Mittel für diesen Wettkampf von der Bevölkerung der Ostblockländer mit großen Opfern bezahlt würden. Indem der Westen sich diesem Wettkampf stelle, sei es eigentlich als selbstverständlich anzusehen, daß man auch bei uns ohne Opfer nicht auskäme. „Es ist also kein Mangel an Verständnis für durchaus menschliche Wünsche“, so folgerte der Vortragende, „wenn wir daher eine weitergehende Arbeitszeitverkürzung gerade in diesem Zeitpunkt nicht für empfehlenswert halten.“

Von dieser Seite her, von der Fragestellung aus, wie man den Wettkampf bestehen könne, sollte auch an die Entscheidung über die Sonntagsarbeit herangegangen werden. Prof. Schenck wörtlich: „Die Lage, in der wir uns nun einmal befinden und in die wir immer weiter hineingedrängt werden, zwingt zu einer völligen produktiven Ausnutzung unserer Einrichtungen und Anlagen. Denn die Hüttenwerke werden durch jeden Stillstand wegen der Energieverluste und langen Anlaufzeiten in eine unvergleichlich viel schwierigere Lage gebracht als andere Industriezweige. Das ist ja auch der Grund, warum alle Staaten, und auch solche, denen man keine Laxheit in religiöser Grundhaltung vorwerfen kann, der Sonntagsarbeit auf den Hüttenwerken ihre Zustimmung geben.“ Mit Dank stellte Professor Schenck fest, habe seinerzeit die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen und die IG Metall die Besonderheit dieser Situation erkannt. „Dringend zu wünschen ist jetzt, daß sich auch die Bundesregierung bald zu der schon lange erbetenen Stellungnahme entschließt.“ Alle Auseinandersetzungen zu diesem Thema, so forderte Schenck, hätten auf dem Boden der Erkenntnis zu erfolgen, daß es nur durch Arbeit möglich gewesen sei, uns den abendländischen Begriff und den Wert des Sonntags überhaupt zu erhalten.

Besonders eindringlich behandelte Professor Schenck eine Frage, die uns mit am meisten am Herzen liegen sollte: die enttäuschende und besorgniserregende Entwicklung unseres Bildungs- und Forschungswesens. Es gehe zwar, so sagte er, unserer Volkswirtschaft zur Zeit



Daniel Fernandez Crespo, der Vorsitzende der Christlich-konservativen Partei in Montevideo (Blancos) und Präsident des Regierungsbezirks sowie Oberbürgermeister der Stadt Montevideo, stattete im Rahmen einer Europareise auch unserem Werk einen Besuch ab. Crespo war auf Einladung des Auswärtigen Amtes in der Bundesrepublik. Er wurde begleitet von seiner Schwiegermutter, seiner Frau und seiner Tochter.

nicht schlecht, aber immer wieder bekäme man von den verantwortlichen Stellen zu hören, daß finanzielle Mittel für den Ausbau unseres Forschungs- und Bildungswesens einfach nicht vorhanden wären.

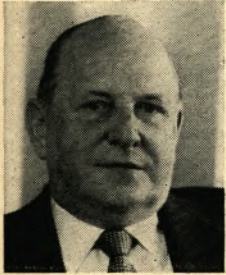
Ein demokratischer Staat könne für die Wissenschaft zwar nur so viel tun, wie seine Bürger zu tun bereit seien. Die dirigistischen Staaten pflegten sich demgegenüber an bürgerliche Einwendungen nicht zu stören. Wer jedoch äußeren Dirigismus ablehne, müsse ihn — so mahnte Schenck — durch innere Haltung ersetzen. Dies bedeute für unsere Abgeordneten und Politiker zwar Gefährdung von Beliebtheit und Popularität, doch sei es im höchsten Grade entmutigend, daß es einfach nicht möglich wäre, bei Parlament und Regierung eine Resonanz zu erwecken, die zu solchem Aufschwung und Entschlüssen befähigten, wie man sie aus den Vereinigten Staaten, aus England und natürlich aus der Sowjetunion kennen würde.

Die sowjetische Wissenschaft und Technik werde von einem eigens dazu beordneten Minister betreut. Der britische Premierminister habe dieser Tage einen Minister in sein Kabinett aufgenommen, der mit der Sorge um Wissenschaft und Forschung betraut wurde. Der Präsident der Vereinigten Staaten habe ein Sachverständigen-Gremium zu seiner ständigen Beratung in Fragen der Wissenschaft, Forschung und Technik zu seiner Verfügung. In Deutschland aber sei man über platonische Zustimmungen noch nicht viel herausgekommen. Ohne die Tätigkeit und das Vorgehen des Deutschen Wissenschaftsrates kritisieren zu wollen, komme man nicht um die Feststellung herum, daß der Osten sich auf die großen Veränderungen in der Welt viel schneller einstelle und immer schon da sei, wenn die langsame Maschine der demokratischen Länder sich erst in Bewegung zu setzen beginne. Die Amerikaner gäben freimütig zu, daß die bedeutenden technischen Leistungen der Russen ihnen einen Schock gegeben hätten, der sie zu einer erneuten Prüfung ihres technischen und wissenschaftlichen Standes veranlasse. Es sei kein gutes Zeichen, so mahnte Schenck, daß dieser Schock bei uns ausgeblieben sei.

Muß das so sein? — so fragte der Vortragende. Man habe das Empfinden, daß in unseren Ministerien alle Wellenlängen vergeben seien, auf denen solche Notrufe empfangen werden könnten. So werde jeder dafür Verständnis haben, daß die Lösung dieser großen Aufgaben eine ungeteilte und von den Lasten und Verantwortungen andersgearteter Bereiche freie Persönlichkeit erfordere, die das große Gesamtgebiet von Wissenschaft, Forschung und Technik überschauen und fördern solle.

Professor Schenck forderte daher mit Nachdruck die Schaffung eines „Ministeriums für Technik und Forschung“. Ein solches Ministerium, so sagte er, wäre nicht nur ein Korrelat zu gleichartigen Institutionen anderer Staaten, sondern müßte zugleich ein unablässig mahnender, aufrüttelnder, fördernder und koordinierender Impulsgeber sein.

Dr.-Ing. Kurt Bode †



Für immer verließ uns am 31. Oktober der frühere technische Leiter unseres Werkes Gelsenkirchen,

Betriebsdirektor i. R. Dr.-Ing. Kurt Bode. Er starb völlig unerwartet. Sein Tod ist allen, die ihn kannten, unfaßbar. Der Verstorbene hat in mehr als 30jähriger Tätigkeit große Verdienste um unser Werk erworben und uns bis in die letzten Tage mit seinem technischen Rat zur Verfügung gestanden. Sein fachliches Können und sein aufrechter Charakter haben ihm allgemeine Wertschätzung eingetragen.

Dr. Bode kam 1925 als Betriebsassistent in unser Drahtwerk Gelsenkirchen. Vier Jahre später wurde er Oberingenieur und am 1. Juli 1945 technischer Leiter des Gelsenkirchener Werkes. Am 30. April vorigen Jahres trat Kurt Bode in den Ruhestand, mit der Maßgabe, daß er einstweilen noch beratende Funktionen für den Werksausbau ausübte. Wir trauern in Dankbarkeit um den Entschlafenen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

durch Änderung der Lage auf dem Energiesektor in zunehmendem Maße an Bedeutung gewinnen, eines Tages der klassischen Stahlherstellung ebenso fühlbare Stöße versetzen könnten, wie sie der Kohlenbergbau letzthin erfuhr.

Die Zusammenarbeit der westlichen Industrieländer sei daher eine dringende Notwendigkeit. Jeder Anschein eines Verzichts oder auch nur einer Abschwächung — wie er z. B. aus den kritischen Stimmen zur Montanunion herausgehört werden könne — höhle das Vertrauen aus, das in unserem Lande nach wie vor in die

GHH-Kontrapunktbrücke dem Verkehr übergeben

Am 7. November wurde in Köln nach dreieinhalbjähriger Bauzeit die Severinsbrücke als die sechste Brücke der Domstadt am Rhein dem Verkehr übergeben. Die Brücke, über deren außergewöhnliche Konstruktion wir in der Werkzeitschrift bereits berichtet haben, ist von der GHH projektiert worden. Der Entwurf der GHH erhielt die Bezeichnung „Kontrapunkt“, weil sich der einzige Pylon in seiner knappen Bauform mit dem Dom, dem ersten Wahrzeichen Kölns (das zweite wird zweifellos die Severinsbrücke), in Harmonie zu vereinen hatte, ohne dabei das weltbekannte Stadtbild des linken Rheinufer zu beeinträchtigen. Der 77 Meter hohe Pylon auf der rechten Rheinseite ist eine ans Wunderbare grenzende kühne Konstruktion. In seinem Scheitelpunkt liegen die Zugkräfte aller Tragseile vereint. Ohne Rampen beträgt die Gesamtlänge der Brücke genau 690,86 Meter. Der Pylon steht 151 Meter vom rechten und 288 Meter vom linken Ufer entfernt. Dem Verkehr steht zwischen den Geländern eine Breite von 29,50 Metern zur Verfügung. 7700 t Stahlkonstruktion waren für den Bau erforderlich, dazu kamen 600 t Tragseile und etwa 110 t Straßenbahnschienen. Unser Werk war zu über 50 Prozent an den Stahllieferungen beteiligt. Die Seile lieferte allerdings nicht unser Werk Gelsenkirchen, sondern, weil es sich um den Bau einer Kölner Brücke handelt, die Firma Felten & Guillaume in Köln.





Der Vizepräsident des Bundestages, Professor Dr. Carlo Schmid, hielt auf der Jahrestagung der Hans-Böckler-Gesellschaft kürzlich eine vielbeachtete Rede zum Thema „Mitbestimmung und Demokratie“. Über den Rahmen dieser Veranstaltung hinaus, deren Träger es sich zur Aufgabe gemacht haben, eine Plattform zu schaffen für die Verbreiterung des Mitbestimmungsgedankens in der Öffentlichkeit, sind die Ausführungen Carlo Schmidts von allgemeinem Interesse. Insbesondere abgestellt waren die Worte des bekannten Politikers auf eine Klärung des Begriffes Demokratie sowie auf die Frage der Mitgestaltung und Mitverantwortung der Arbeitnehmer im Wirtschaftsablauf. Jeder spricht heute von Demokratie, die wenigsten aber wissen, was für eine schwierige Sache Demokratie in Wirklichkeit ist und welche große Verpflichtungen für jeden einzelnen daraus erwachsen. Professor Schmid zeigte — fern aller einseitigen Parteipolitik — die Probleme und Zusammenhänge in einer derartig umfassenden Form auf, weshalb wir wesentliche Auszüge seines Referates nachstehend veröffentlichen. Indem wir gelegentlich Repräsentanten unseres öffentlichen Lebens zu Wort kommen lassen, wollen wir nicht eingreifen in den Streit der Meinungen, sondern aus staatsbürgerlichem Bewußtsein heraus den Blick unserer Leser auf die unser Dasein berührenden Probleme hinlenken.

Mitbestimmung und Demokratie

Bei der Konfrontierung der Begriffe Demokratie und Mitbestimmung gilt es zunächst, so deutlich wie möglich aufzuzeigen, was die Wirklichkeiten, die sie ausdrücken, für den Menschen bedeuten; denn das Maß, nach dem Institutionen auf ihren Sinn und Wert hin zu beurteilen sind, ist der Mensch. Für ihn sind diese Institutionen da, und von ihm aus müssen sie gewertet werden. Für sich selbst sind sie Mechanismen, sind sie Technik, bloße Instrumente im Leerlauf.

Ich habe also zu fragen: Was ist über das Technische hinaus der Wert der Demokratie für den Menschen? Wir wissen, daß Demokratie eine schwierige Sache ist, und daß, rein technisch gesehen, das Autoritäre im allgemeinen einfacher zu handhaben ist als das Demokratische. Deswegen ist die Frage berechtigt und notwendig: Ist die Demokratie in sich so wertvoll, daß es sich wirklich lohnen könnte, dafür einen Preis zu zahlen oder Verzicht auf sich zu nehmen?

Ich habe weiter zu fragen: Wo ist die soziale und wirtschaftliche Mitbestimmung der Arbeitnehmerschaft in dieser Ordnung der Werte einzustellen, auf die man ausgeht, wenn man Demokratie schaffen und Demokratie leben will.

Zunächst wäre hier mit einem irrigen und beirrenden Sprachgebrauch aufzuräumen, der sich leider nur allzuoft in unsere Gedanken und Diskussionen einschleicht, wenn wir von etwas sagen, es sei demokratisch, oder fragen, ob ein Verhalten demokratisch sei. Das ist der Irrtum: Demokratie sei eine Art von Regiment der Gütmütigkeit, der Schenkerfreudigkeit, der Lässigkeit, der Milde; eine Obrigkeit verhalte sich demokratisch, wenn sie leutselig sei und von den Menschen nicht zu viel verlange. Das verstehen leider Gottes sehr viele Leute bei uns in Deutschland unter dem, was sie so Demokratie heißen.

Eine andere Lesart besagt, demokratisches Handeln sei identisch mit der Fürsorge für die Armen und Schwachen. Kriterium des Demokraten sei also die Wohlfahrt einer kleinen Anzahl von Menschen oder einer großen Zahl oder der größtmöglichen Zahl, je nachdem, wie man will. Da, wo Obrigkeit die Wohlfahrt erhöhe, habe man also Demokratie vor sich. Auch das ist leider ein gängiger und landläufiger Irrtum bei uns.

Der Mensch - niemals Objekt

Nun ist freilich nicht daran zu zweifeln, daß es eine recht gute Sache ist, liebenswürdig zu sein, wenn man Obrigkeit ist, und fürsorglich zu denken und zu handeln. Eine Demokratie wäre ein recht mangelhaftes Ding, wenn sie nicht human und fürsorgend wäre. Aber auch ein absoluter Monarch kann liebenswürdig sein, kann menschlich sein, weise und sorgender Vater seiner Untertanen, ja selbst ein Bojar konnte seinen Leibeigenen gegenüber human sein. Aber die Leute waren eben Leibeigene und die Untertanen des Fürsten eben Untertanen, keine Bürger, das heißt keine sich selbst verantwortlichen, freien Menschen. Immanuel Kant bereits hat davor gewarnt, Wohlfahrtsbestrebungen der Regierung als Maßstäbe für das gelten zu lassen, was er ein republikanisches Regime nannte, worunter er nicht nur irgendwelche Abstimmungstechniken, sondern eine bestimmte Stellung des Menschen im Befehls- und im Gehorsamsnexus verstanden hat. Er sagt, auch der Tyrann könne auf Wohlfahrt aller oder zumindest eines großen Teils seiner Untertanen aus sein, doch auch wenn er das tue, wenn er auf Wohlfahrt ausgehe, ersticke das bloße Dasein einer solchen Art von Obrigkeit das Bewußtsein, daß dem Menschen eine eigene Würde zugeordnet sei und daß diese Würde in der Freiheit bestehe, nämlich in der Möglichkeit der freien Verantwortung des ganzen Umfangs seiner Existenz. Der Mensch, so sagt Kant, dürfe niemals zum Objekt für

Zwecke gemacht werden, auch nicht zum Objekt für nützliche Zwecke; wo dies geschehe, sei er nicht frei.

Von Demokratie können wir nur dort sprechen, wo Herrschaft über Menschen durch die dieser Herrschaft Unterworfenen selbst frei ausgeübt wird. Nur dort also, wo die Glieder einer Gemeinschaft nicht einem fremden, von ihrer Zustimmung unabhängigen Willen gehorchen, sondern nur dort, wo dieser Wille, dem diese Menschen gehorchen, durch sie selber gebildet und verantwortet wird.

Befehlen und gehorchen

Es handelt sich bei dem Begriffe Demokratie also um eine Form, Befehl und Gehorsam — jedes Gesetz ist ja ein Befehl — einander so zuzuordnen, daß der Betroffene diese Zuordnung akzeptieren kann, ohne durch den Willen, zu gehorchen, auf Selbstverwirklichung und Selbstachtung verzichten zu müssen. Dadurch kennzeichnet er sich als einen Freien. Frei ist nicht etwa der Ungebundene; der Libertiner, der sich von niemand etwas sagen läßt. Frei ist, wer die Bindung oder das Notwendige aus unerzwungener Einsicht in das sittlich Gebotene will.

Demokratie ist demnach die Form menschlichen Zusammenwirkens, in der freie Menschen ohne Einbuße ihrer Freiheit und ohne Eingriff in die Freiheitssphäre anderer — Freiheit als Selbstbestimmung und Selbstverantwortung verstanden — sowohl befehlen, als auch gehorchen.

Lange Zeit hat man von Demokratie nur mit dem Blick auf den Staat gesprochen. Schließlich heißt ja Demokratie: Volksherrschaft, Herrschaft des Volkes; so ist der Begriff entstanden, und Abraham Lincoln hat dafür die vortreffliche Definition gegeben: Demokratie sei Regierung des Volkes durch das Volk und für das Volk.

Aber die Beschränkung des Begriffes und seiner Postulate auf den Staat waren nur so lange sinnvoll, als eben nur die Staatsgewalt imstande war, Gehorsam gegenüber Befehlen zu verlangen und zu erzwingen. Je vielschichtiger aber der Aufbau der Gesellschaft wurde, desto mehr ergriffen Gemeinschaften und Gesellschaften den Menschen mit ihrem Anspruch auf Gehorsam gegenüber Ordnungen und Anordnungen. Es entstand das, was die Staatstheorie des ausgehenden XVI. Jahrhunderts aus dem Staatsdenken verbannen wollte, was man damals die *pouvoirs intermédiaires*, die Zwischengewalten, nannte. Wo dieser Gehorsam von solchen Zwischengewalten verlangt wurde, ohne daß die einzelnen Glieder dieser Gemeinschaften an der Bildung des Willens, der befiehlt, beteiligt waren, konnte also durchaus ein im Bereich der reinen staatlichen Sphäre freier Bürger innerhalb seines gesellschaftlichen Herrschaftsverbandes ein Untertan sein. — Eine Diskrepanz, die offenbar auf die Dauer zu schweren Schädigungen des Gemeinschaftsbewußtseins führen muß; ganz zu schweigen davon, daß der Begriff der politischen Freiheit in seinem allumfassenden Anspruch auf diese Weise fragwürdig werden mußte.

Allumfassende lebendige Demokratie

Man tut also recht daran, Begriff und Postulat der Demokratie über die reine Staatssphäre hinaus auf alle gesellschaftlichen Phänomene auszudehnen, innerhalb derer es auf Befehl und Gehorsam ankommt. Sie sind nur dann demokratisch, wenn die Betroffenen in der Lage sind, an der Bildung der Ordnungen, denen sie unterworfen sein sollen, mitzuwirken.

Das Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in den Betrieben, in den Aufsichtsräten und in den Aufsicht führenden Verwaltungsorganen großer Gesellschaften ist in

Fortsetzung Seite 202



Unter den Ehrengästen der Vortrags-Veranstaltung der Hans-Böckler-Gesellschaft im Plenarsaal des Düsseldorfer Landtages sah man auch die 84jährige Oma Böckler, Witwe des unvergessenen Gewerkschaftsführers, dem die Gesellschaft ihren Namen verdankt. Rechts August Schmidt, der langjährige 1. Vorsitzende der IG Bergbau, ein Veteran der deutschen Gewerkschaftsbewegung.

Helft Was



▲ Den lang ersehnten Regen sehen viele Menschen in den Städten gar nicht so gern, weil das trockene Wetter in mancher Beziehung doch angenehmer war. Zu plötzlich werden auch alle Wassersparmaßnahmen vergessen. Die Wirklichkeit erfordert aber gänzlich anderes Verhalten. Der Regen, der bisher gefallen ist, kann den Notstand nicht beseitigen. Es müßte schon zwei bis drei Monate ununterbrochen regnen, sollten alle Folgen der Dürre überwunden sein.

Als nach der langanhaltenden Dürre dieses Frühlings und dieses Sommers vor kurzem die ersten Regenwolken über unsere Köpfe hinwegzogen und auch tatsächlich einige Tropfen fallen ließen, glaubten viele Menschen, daß nun die Wassersparmaßnahmen aufgehoben werden könnten.

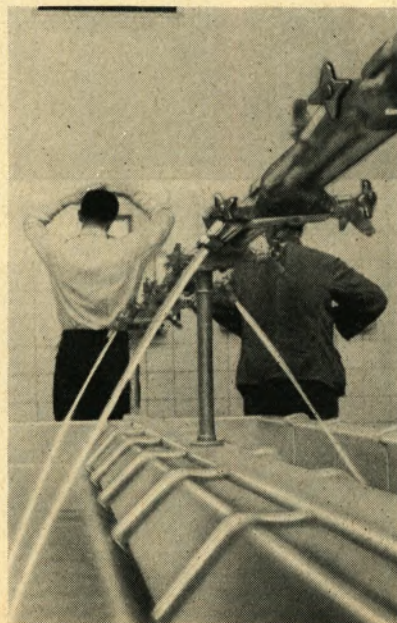
Wir sind allzu leicht geneigt, die Gefahr nur dann zu sehen, wenn sie groß und breit und unübersehbar vor unseren Augen steht. Als in den Sommermonaten das Thermometer auf schwindelnde Höhen emporkletterte, als die Landwirtschaft Tag für Tag vergeblich nach Regen Ausschau hielt, als der Kanal und die Schwimmbäder nur so von Menschen wimmelten und überall in den Betrieben und Büros die Mitarbeiter unter der ungewöhnlichen Hitze zu leiden hatten, waren wir zum allergrößten Teil schon eher bereit, mit dem kostbaren Element Wasser sparsam umzugehen, wenn auch leider viele egoistisch genug waren, sich so zu verhalten, als gingen sie die Wasser- notverordnungen überhaupt nichts an.

Die großen Wasserversorgungsunternehmen hatten in diesem Sommer bereits ungeahnte Schwierigkeiten, die Haushaltungen und kleineren Betriebe mit dem notwendigen Wasser zu beliefern. Diese Schwierigkeiten sind aber noch längst nicht überwunden. Es sind im Gegenteil sogar ernsthafte Überlegungen im Gange, über dem Einzugsgebiet der sauerländischen Talsperren künstlichen Regen zu erzeugen.

Es ist also keineswegs so, daß die Wasser- not überwunden ist, weil über unserem Gebiet ein paar Regenschauer niedergegangen sind. Der Boden war gänzlich ausgefrocknet und hat von dem bisherigen Regen noch keinen Tropfen ins Grund-

wasser abgegeben. Es ist daher auch nicht damit zu rechnen, daß die Wasserspar- verordnungen über kurz oder lang ge- lockert werden. Aus der Ruhr pumpen über 100 Wasserwerke täglich, stündlich und minütlich das Wasser in Versorgungs- leitungen. Daher fragt man sich beim Ruhr- talsperrenverein, wie die Dinge weiter- gehen sollen, wenn etwa zur Jahreswende die noch in den Talsperren befindlichen kläglichen Reste verbraucht sein werden.

Eine ähnliche Frage stellen sich auch die verantwortlichen Männer unseres Wasser- werkes, das sein Wasser aus einem Trink- wassergewinnungsgelände an der Aaker-



„Talsperren des Sauerlandes sind leer“, „Siegener erhalten nur noch einen Eimer Wasser täglich“, „Regen soll künstlich erzeugt werden“, „Autos müssen weiterhin schmutzig bleiben“, „Kein Wasser mehr: Ho- ofen im Siegerland wurde stillgelegt“. Solche und ähnliche Schlagzeilen bekamen wir in den vergangenen Monaten fast täglich in den Zeitungen zu lesen. Immer wieder werden besonders die Bewohner der Ruhrstä- aufgefördert, den Wasserverbrauch, wo nur irgend möglich, einzuschrän- ken. Trotzdem mußten Notverordnungen getroffen werden, weil sich

fähre in Duisburg und aus der Emscher bezieht.

Mit Ach und Krach ist es bisher gelungen, die Betriebe mit ausreichendem Wasser zu versorgen. Zeitweilige Einschränkungen waren allerdings nicht zu umgehen. Aber wie dem Ruhrtalsperrenverein steht auch unserem Wasserwerk der größte Engpaß noch bevor.

„Wie ist das nur möglich, daß unser Wasser- werk solche Sorgen hat? Erstens nimmt es doch Brauchwasser aus der Emscher und zweitens steht ihm ein Wassergewinnungs- gelände für Trinkwasser im Einsickerungs- gebiet von Rhein, Ruhr und Rhein-Herne- Kanal zur Verfügung.“ Diese Frage wurde neulich einmal gestellt, als das zur Spar- samkeit ermahnende Rundschreiben unseres

Wasserwerkes in alle Betriebe gesen- det wurde.

Die Frage klingt an sich berechtigt. Aber der Fachmann hat eine Antwort bereit, den Laien in Erstaunen versetzen würde. Obwohl unser Trinkwassergewinnungs- gelände an der reichlich mit Fluß- Kanalläufen gesegneten Aakerfähre liegt, ist es doch überaus schwierig, dem Ge- meinde ausreichend Trinkwasser zu entzie- hen. (Bekanntlich versorgt das Wasserw- Aakerfähre nicht nur unsere Betriebe mit Trinkwasser, sondern darüber hinaus auch die GHH, die Neue Hoffnung und T- unserer Werksiedlungen.) Das liegt in erster Linie daran, daß das Bett der R- und das des Rhein-Herne-Kanals völ- lig dicht ist, folglich überhaupt kein Wasser das darunter befindliche Erdreich er- sickern kann. Der Grundwasserspiegel der Aakerfähre ist vom Wasserstand des Rheins abhängig, der augenblicklich eben- falls ungewöhnlich niedrig ist. Aber trotz der Verbindung mit dem Rhein kann das Gelände nur genügend Wasser entzo- gen werden, wenn gleichzeitig künstlich in ge- ßen Mengen Wasser infiltriert wird.

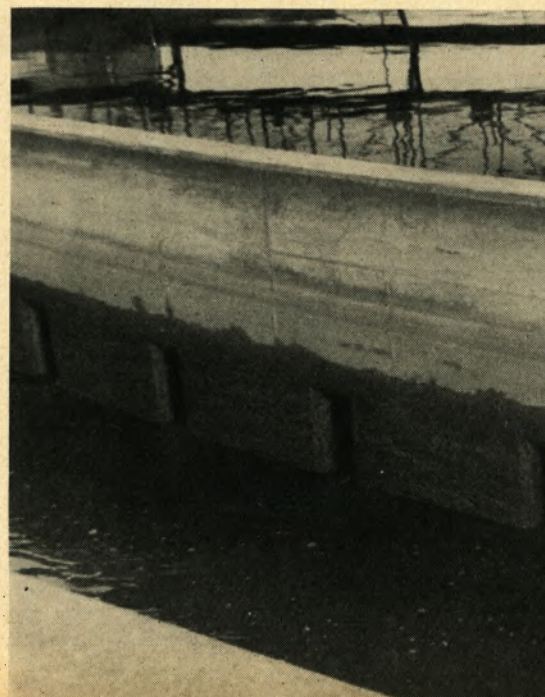
An der Aakerfähre kann jedoch der Grundwasserspiegel durch diese Maßnah- men nicht gehoben werden. Der Pegel sogar bedrohlich weit abgesunken ist, sinkt noch weiter, obgleich die sommerliche Hitze überwunden ist. Trotz größter Einschränkungen müssen dem Gelände he- ute noch täglich über 90000 Kubikmeter Wasser entzogen werden.

Wenn die natürlichen anhaltenden Her- regen im Einzugsgebiet des Rheins nicht bald einsetzen und den Pegel des Str- o- heben, ist unsere Trinkwasserversorg- ung durch das Wasserwerk Aakerfähre er-



▲ Dieses Bild entstand auf unserem Trinkwassergewinnungsgelände an der Aakerfähre in Duisburg. Im Hintergrund ist einer der Horizontalbrunnen zu sehen. Die Uhr zeigt den Grundwasserspiegel über NN an, das bedeutet über dem Meeresspiegel. Der Stand: 18 Meter und sieben Zentimeter über Normalnull. Wie überall zeigen sich auch hier die Folgen der Sommerdürre, denn der Grundwasserspiegel drückt die Uhrzeiger sonst um volle zwei Meter höher.

Die Verantwortungslosigkeit vieler Kollegen zeigt sich, wenn sie nach dem Waschen die Hähne nicht wieder abstellen, sondern so tun, als gingen sie das überhaupt nichts an. Wieviel kostbares, im Augenblick besonders teures Wasser hier ungenutzt abfließt, kann man ermessen, wenn man bedenkt, daß in kaum 40 Sekunden ein ganzer Eimer volllaufen würde. Und wieviel Eimer sind hier schon verplempert? Deshalb nach dem Waschen oder Brausen: Hähne zu!



in alle:

er sparen!

Der große Teil der Bevölkerung nicht an das Wassersparen gewöhnen wollte. Die gleichen Sorgen, wie sie die großen Wasserversorger haben — daran konnte auch der Regen der letzten Wochen nichts ändern —, kennen wir auch bei uns im Werk. Unser Wasserwerk kämpft einen verzweiferten Kampf gegen alle Wasserverplemperer. Jeder, der nutzlos Wasser ablassen läßt, sollte sich daher vor Augen halten, daß davon seine Existenz abhängen kann; denn wie im Siegerland könnte auch bei uns ein Hochwasser stillgelegt werden müssen, weil das Kühlwasser fehlt. Und was dann?

bedroht. Es ist daher unverantwortlich, wenn viele Belegschaftsmitglieder Trinkwasser vergeuden.

Aber auch die Versorgung unserer Betriebe mit Brauchwasser aus der Emscher stößt auf Schwierigkeiten. Denn es ist wirklich nicht so, daß man sich um die Versorgung mit Industriewasser keine Gedanken zu machen braucht, nur weil unser Werk so nahe an der Emscher liegt. Denn unser Schöpfpumpwerk, dessen Aufgabe es ist, das Emscherwasser in die Klärbecken zu heben, durch natürliches Gefälle keinen Zulauf mehr erhält, können wir, auf gut deutsch gesagt „den Laden nicht machen“, denn ohne Wasser geht es einfach nicht. Kein Hochofen, keine Walzenstraße kommt ohne kühlendes Wasser aus. Wir wären also unter solchen Umständen einfach gezwungen, zu Hause zu bleiben. Glücklicherweise ist es bisher noch nicht zu gekommen. Aber noch wissen wir nicht, was uns bevorsteht. Der Wasserstand der Emscher ist noch immer so niedrig, daß täglich mit der Stilllegung des einen oder anderen Betriebes gerechnet werden muß.

Das sollte Grund genug sein, den Wasserhahn zuzumachen, dem nutzlos das Wasser entströmt.

Die Emscher ist ein Fluß ohne Quelle, denn ihr eigentlicher Ursprung ist schon seit vielen Jahren versiegt. Der Wasserstand regelt sich einzig und allein durch die Industrieabwässer und die Entwässerung der Städte. Nach plötzlichen Regenfällen kann die Emscher sehr schnell zu einem großen Fluß werden. Aber schon einige Stunden später ist die „Herrlichkeit“ dann meistens wieder vorbei. Auf solchen „Stoßgeschäften“ darf eine Werkwasserversorgung jedoch nicht basieren. Sie ist von dem Pegel abhängig, der über einen gewissen Zeitraum hinweg vorherrschend ist. Und damit sieht es zur Zeit sehr, sehr schlecht aus. Nur noch einen Bruchteil des sonst einströmenden Emscherwassers erhalten wir gegenwärtig.

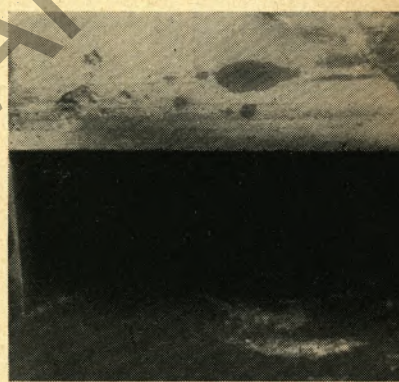
Der Rücklauf aus den Betrieben wird nicht — wie irrtümlicherweise oft angenommen wird — wieder der Emscher zugeleitet, sondern er macht den Kreislauf von neuem mit. Zusammen mit dem



Unzählige Werke entnehmen der Emscher für industrielle Zwecke das Wasser. Selbstverständlich kehrt nach dem Gebrauch nicht jeder Kubikmeter in den Flußlauf zurück. Es ist einfach unvorstellbar, wieviel des entnommenen Wassers sich in Nichts auflöst, also verdunstet. Durch die langanhaltende Trockenheit ist der Wasserstand der Emscher jedoch ins „Bodenlose“ gesunken. An vielen Stellen — wie hier an der „Blauen Brücke“ — trat sogar die eigentliche Flußsohle zu Tage. An einen so niedrigen Wasserstand kann sich niemand erinnern.

zulaufenden Emscherwasser wird das bereits gebrauchte Wasser erneut in die Klärbecken gehoben. Allein dieser Maßnahme, daß wir heute eine große Kreislaufwirtschaft betreiben, verdanken wir es überhaupt, daß die Versorgung mit Brauchwasser bis auf wenige Ausnahmen ausreichend war. Würden wir — wie noch vor fünf Jahren — nur Wasser aus der Emscher schöpfen, läge heute bereits die Hälfte unserer Betriebe wegen Wassermangels still.

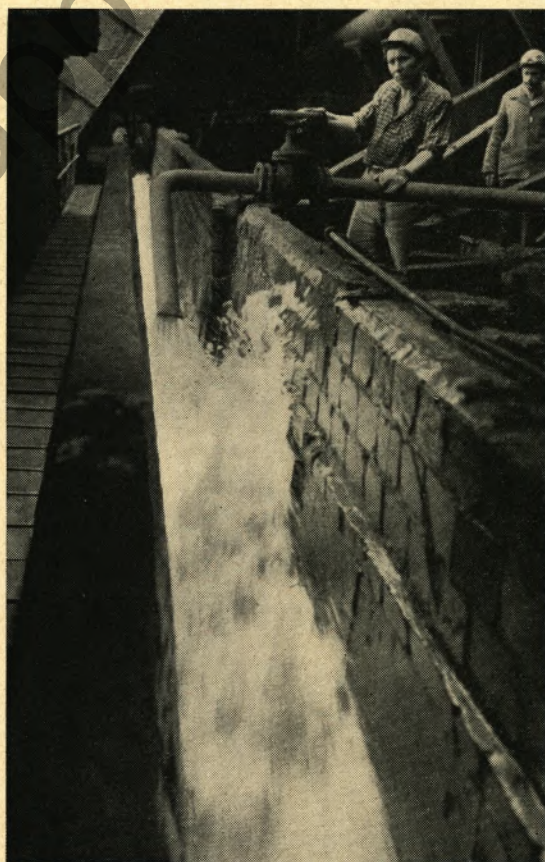
Von Seiten des Wasserwerkes wird alles nur Erdenkliche getan, um den Verbrauch nicht ins Uferlose steigen zu lassen. Aber ohne die Mitwirkung aller Betriebe und jedes einzelnen Mitarbeiters steht auch das Wasserwerk auf verlorenem Posten. Jeder Tropfen ist jetzt wichtig! Wasser ist zwar für die gesamte Produktion bisher noch immer der billigste Rohstoff, gleichzeitig aber auch der wichtigste. Zum Kostbarsten und Teuersten aber wird das Wasser, wenn nicht mehr genügend davon vorhanden ist. Wir alle können mithelfen, daß es dazu nicht kommt.



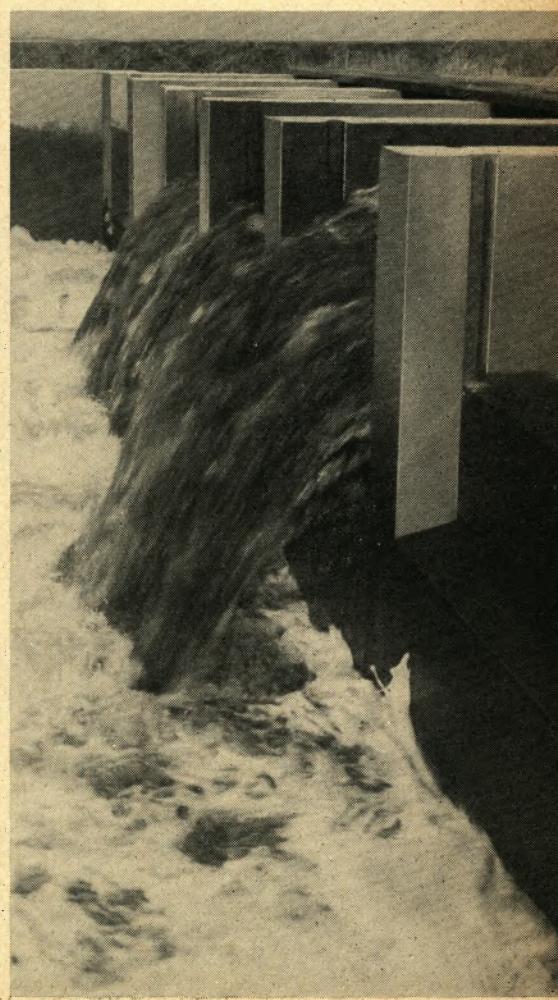
Die Emscher — oft der Darm des Ruhrgebiets genannt — kann zwar bei starken Regenfällen innerhalb von wenigen Stunden anschwellen und reichlich Wasser mit sich führen. Aber ebenso schnell fällt der Pegel wieder, wenn das Regenwasser abgelaufen ist. Gegenwärtig ist der Wasserstand ungewöhnlich niedrig. Der Einlauf zu unserem Emscherwasserwerk, der bei Normalpegel überhaupt nicht zu sehen ist, ragt augenblicklich viele Zentimeter aus dem Wasser.

Granulation der Hochfenschlacke benötigt unvorstellbare Wassermengen. Das ist leicht erklärlich, denn die glühend heiße Schlacke muß in einem starken Wasserstrom so abgeschreckt werden, daß sie unmittelbar zu Sand granuliert. Dem Wasser entströmen stündlich etwa 100 Kubikmeter Wasser, das dem Lauf nicht wieder zugeführt werden kann, sondern zurück in die Emscher geleitet werden muß. Deshalb sollte nach dem Granulieren das Wasser sofort abgestellt werden, wie es hier Friedhelm Gronau tut.

Die Klärbecken des Emscherwasserwerkes sind oft nur noch ungedeckt, weil die Emscher unser Werk nicht mehr ausreichend versorgt. Die Folge ist, daß auch der Reinigungsgrad des geklärten Wassers nicht den Erfordernissen gerecht wird. Das Wasser, das zum Klären eine ganz bestimmte Durchsatzzeit benötigt, durchfließt die Becken zu schnell. Unten sind die Öffnungen zu sehen, durch die das Wasser die Becken verläßt. Den Normalwasserstand zeigt der weiße Strich, den wir rechts eingezeichnet haben.



Das Schöpfpumpwerk des Emscherwasserwerkes hat die Aufgabe, das Wasser aus der Emscher auf die Höhe der Klärbecken zu heben. Im Augenblick der Aufnahme liefen drei der sechs Pumpen. Auch hier zeigt sich — wie überall — der niedrige Wasserstand. Der Normalpegel reicht hier gewöhnlich bis an den Mauervorsprung, der rechts im Bild zu sehen ist.



Hüttenwerker stellten sich vor

Welche Talente doch in unserer Belegschaft schlummern! Der große Bunte Abend zum 25jährigen Bestehen des Werksorchesters brachte es an den Tag. Mitarbeiter aus fast allen Betrieben legten ein Varieté-Programm aufs Parkett, daß den Menschen, die den großen Werksgasthaussaal füllten, oft vor Staunen der Mund offen stehen blieb. Und das Ganze lief Schlag auf Schlag ab: von 19 bis 23 Uhr kamen über 800 Zuschauer nicht eine Sekunde dazu, an den Alltag und die häuslichen Sorgen zu denken. Auf der Bühne löste der Mitarbeiter aus dem Blechwalzwerk den Kollegen aus der Versuchsanstalt ab, ihm folgte ein Werksangehöriger von Neu-Oberhausen, dann trat ein Hochöfner auf, der die Bühne wiederum für einen Kollegen aus der Hauptverwaltung räumen mußte. Bemerkenswert bei allen Darbietungen des Abends ist die Tatsache, daß hier Laienkünstler ihr Können gezeigt haben. Nach ihrer schweren Arbeit finden sie noch Zeit und Muße genug, oft schwierige „Rollen“ einzustudieren, mit denen sie ihre Mitmenschen erfreuen. Im Werksgasthaus lieferten sie den Beweis dafür, daß der Erfolg ganz auf ihrer Seite ist. Wir haben die „werkseigenen“ Künstler mit der Kamera belauscht, um ihre Leistungen an dieser Stelle noch einmal zu würdigen. Hoffentlich werden wir mit unserer Auswahl nun nicht mißverstanden, wenn der eine oder andere sich hier nicht abgebildet findet. Mit einem Werturteil hat das natürlich nichts zu tun, denn der große Erfolg des Abends beruht auf den hervorragenden Leistungen aller Mitwirkenden — ohne Ausnahme!



Die einzigen Damen des Abends waren Doris Nachtigal, kaufmännischer Anlernling im Blechwalzwerk, und ihre Freundin Astrid Groß. Sie sangen — und begleiteten sich auf ihren Gitarren — „Ilona“ und mit einem außergewöhnlich großen Erfolg Louis Armstrongs „Uncle Satchmo's Lullaby“.



Kurt Diezel (Elektrokarrenfahrer) vertauschte seine Geige mit der Jazztrompete und spielte in Begleitung der „Kleinen Besetzung“ des Werksorchesters den „Mitternachtsblues“. Sein Spiel im großen Saal des Werksgasthauses rührte die Menschen an.



Dieser junge Mann ging ganz in seinem Gesang auf. Während er den „Men-Women-Blues“ und den „Jailhouse-Rock“ vortrug, schien für ihn Welt und Umwelt vergessen zu sein. Beide Bilder drücken das aufs beste aus. Der Oberhausener „Elvis“ kam zünftig auf die Bühne. Sein Name: Horst Händler; sein Beruf: Betriebsschlosser in der Versuchsanstalt; sein Erfolg: tosender Applaus auf allen Stühlen.



Friedhelm Gronau (links) ist Hochföhrerarbeiter auf unserer Eisenhütte I. Hier aber ist er mit Franz Güllken echter Hawaii-Sänger. Ihre Südsee-Melodien waren mit soviel Einfühlungsvermögen vorgetragen, daß sicher viele Zuhörer Fernweh bekamen.



Mit komischen (und wie vielen!) Parodien warteten die „Delofries“ auf. Josef Kluwig, Schreiner auf Neu-Oberhausen hat sich mit Willi Helle (links) und Werner Wozniak (rechts) verbunden um die Menschen nach Feierabend zum Lachen zu bringen.



Josef Bross hatte nach dem Einleitungsspiel des Werksorchesters den allerersten Auftritt. Ihm fiel es also zu, das Eis zu brechen, und das ist dem Schlosser aus der Gasreinigung (EOI) mit „Ach, so fromm, ach, so traut“ aus der Oper „Martha“ von Friedrich von Flotow bestens gelungen.

Otto Bartelt (Bild) und seine Söhne Otto und Dieter traten als Musik-Clowns auf und ernteten brausenden Beifall. Der Mitarbeiter der Werkspost macht dem Publikum seine Referenz. „Es war für uns eine Freude, solch ein dankbares Publikum zu haben!“ meinte er und ... siehe Bild!



Starkstromelektriker Manfred Koppers (rechts) und Werkschutzmann Adolf Gerhards (links) sangen und parodierten sich mit Theo Behle als die „Drei Doeze“. Sie waren große Klasse. ▲

◀ Für den Nervenkitzel des Abends sorgte Ulrich Schröder aus dem Blechwalzwerk. Sein Handstand auf der Pyramide (siehe Bild!!!) verschlug den 800 Menschen im Saal die Puste.

Der Versuch, beim Auftritt von Heribert Pauly (techn. Angestellter der Versuchsanstalt) nicht zu lachen, wäre schon in der ersten Sekunde gescheitert. Bei diesem Komiker wurde gelacht! ▼



PIEPENHEIN UND WOTTELBUCK

Wottelbuck: „Mensch, Langen, du machs ja wieder 'n Gesicht, datt sieht ja furchbar auß! Hasse vielleicht 'ne Fliege inne Nase?“

Piepenhein: „Du kannz ganz schön kraus quatschen mittein kurzet Hempt, alz wennze von nix watt weiß.“

Wottelbuck: „Na, dann sach mir ma, Langen, wer auf dein Gemüt getreten hat, datte so'n Gesicht machs. Mitt so'n Gesicht kannze in jede Straßenbahn für lau fahn.“

Piepenhein: „Dat iß ganz einfach. Ehm happich so'n klein'n Kalender für nächstet Jaa gekricht anne Bude woich mir den Tabak für meine Feife immer holn tu, weiße so'n klein'n Kalender wie ne Spielkarte mittne Reklame für ne Zigarette auf eine Seite. Und watt meinze, wattich seh!“

Wottelbuck: „Na, da bin ich aber ganz schön gespannt!“

Piepenhein: „Kannze au sein, mein lieben Krokoschinski. Ich happ festgestellt, datti uns gezz ganz schön betuppen tun.“

Wottelbuck: „Wieso, betuppen! Kalender iß doch Kalender, da kannze ehm nix machen.“

Piepenhein: „Datt isset doch grade, datteda nix machen kannz, die tun uns betuppen und du weiß au, dattse uns betuppen tun, und gegen datt Betuppen kannze nix machen, weil datt gesetzlich zugelassenet Betuppen iß!“

Wottelbuck: „Mensch, da hasse gezz aber watt gesacht.“

Piepenhein: „Wieso? Kerl! Hier paß ma auf: Da iß gezz erß ma Weihnachten!“

Wottelbuck: „Hasse recht — hamwer bald.“

Piepenhein: „Dies's Jaa donnich, nächstet Jaa!“

Wottelbuck: „Du hasset aber eilig.“

Piepenhein: „Schließlic iß ja der Kalender von nächstet Jaa, oder meinze, die gehm gezz erß die von 1959 rauß? Und gezz paß auf und quassel mir nich imma dazwischen!“

Wottelbuck: „Schieß los, Langen!“

Piepenhein: „Also erß ma Weihnachten. Heilig Abend issen Samstach, erster Weihnachtstach muß dann wohl 'n Sonntach sein, nech? Peng! Hasse schomma ein Feiatach weniger alz sonz.“

Wottelbuck: „Stimmt, Langen!“

Piepenhein: „Geht noch weiter. Sylvester fällt dann aunoch auffen Samstach. Also iß Neujaa Sonntach! Peng: wieder ein weniger.“

Wottelbuck: „Haß dir dein'n Kalender aber schon fein angekuckt, Langen! Aber denk ma an die aam Angestellten, die so ziemlich jeden Samstach und Sonntach frei ham. Die ham dies's Jaa aber in saure Äppel zu beißen!“

Piepenhein: „Machen Münn zu, datt geht noch weiter, denn nächstet Jaa mitten 1. Mai, datt iß genau sone Pleite, weiler nämlich au auffen Sonntach fällt.“

Wottelbuck: „So'n Arbeiterfeiatach muß ja auma auffen Sonntach fall'n, sonz tun ja die Arbeitgebers verzweifeln. Aber wenn die vom Arbeitgeberverband bloß nich Geschmack dran kriegen, sonz komm'n die auf den Gedanken und stell'n 'n Experten ein, dem se zur Aufgabe machen, datt datt mitten 1. Mai imma so geht. Dann hamwer aber alle keine Luft mehr im Farrat. Aber du wollz noch wat sag'n.“

Piepenhein: „Ja, ich bin noch nich fäddich. Iß nämlich nich genuch, datt schon imma Ostern und Finksten auf Sonntage falln, 1960 hamwer 'n Schaltjaa, da müssenwa sowieso ein Tach mehr arbeiten.“

Wottelbuck: „Gezz brauchse bloß noch sagen, datter 29. Februar schon 'ne Erfindung iß vonne Arbeitgebers!“

solchen Zusammenhängen zu betrachten. Es handelt sich bei diesem Rechte der Mitbestimmung nicht, wie so oft angenommen wird, um Sozialpolitik im technischen Sinne des Wortes, jedenfalls nicht um Sozialpolitik allein. Es handelt sich, wie ich glaube, sogar im Gegenteil zu ihr um die Anwendung von Postulaten und Kategorien der Demokratie auf Bereiche, in denen außerhalb des staatlichen formalen Zuständigkeitsbereichs mit Billigung der Rechtsordnung Menschen über Menschen Herrschaft ausüben. Herrschaft wird überall dort ausgeübt, wo befohlen und gehorcht wird, und wo der, der befiehlt, einen Rechtsanspruch darauf hat, daß man ihm gehorcht, auch dann, wenn die Möglichkeit besteht, sich dieser Herrschaftsgewalt, dieser Befehlsgewalt — etwa durch Kündigung — zu entziehen. Solange diese Kündigung nicht wirksam ist, wird eben befohlen und gehorcht, ist man eben Objekt von Befehlen. Und wenn auch jeder rechtlich frei ist, einen Arbeitsvertrag zu schließen oder nicht zu schließen. Die Notwendigkeit, das tägliche Brot zu schaffen, macht unter den heutigen gesellschaftlichen Verhältnissen diese Freiheit zu einem recht illusorischen Gebilde und reduziert sie im besten Fall auf eine Variante der Freizügigkeit.

Um der Würde des Menschen willen

Der Betrieb ist nicht nur ein Ort, an dem obligatorische Verträge erfüllt werden. Durch den Arbeitsvertrag unterwirft sich der Arbeitnehmer der Anordnungsgewalt des Betriebsherren. Wo dieser den Willen, dem der Arbeitnehmer zu gehorchen hat, allein und nur durch sein Eigentumsrecht an den Produktionsmitteln legitimiert, bildet, so, wie der Monarch im absolutistischen Staat, ist der Arbeitnehmer im Betrieb ein Untertan; wo der Arbeitnehmer bei der Bildung dieses Willens mitwirken kann — nicht nur auf Grund der Gutmütigkeit oder der Klugheit des Unternehmers, sondern weil die Rechtsordnung des Staates es so will — ist er nicht mehr Betriebsuntertan, sondern Betriebsbürger.

Was ich bisher ausgeführt habe, sollte lediglich dazu dienen, deutlich zu machen, daß die Einführung des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer nicht so sehr eine nur sozialpolitische Maßnahme ist, sondern ein Schritt auf dem Wege, Menschen, die an einem bestimmten Ort im Koordinatensystem unseres gesellschaftlichen Gefüges stehen, nicht nur dem Staate, sondern auch den gesellschaftlichen Mächten gegenüber aus der bloßen Objektsituation herauszunehmen und frei zu machen.

Noch einmal — man kann das nicht oft genug wiederholen —: frei sein bedeutet nicht, eben gut behandelt zu werden — es gibt z. B. sehr gut behandelte Dienstboten —, es bedeutet nicht, ungeschoren gelassen zu werden; es bedeutet Leben in einer Gemeinschaft, die man anerkennt, und der man sich verpflichtet weiß, weil man ihre Ordnung und was darin geschieht, zusammen mit anderen Gliedern der Gemeinschaft bestimmt. Um es paradox auszudrücken: Um der Würde des Menschen willen müßte das Mitbestimmungsrecht auch dann geschaffen werden, wenn man wüßte, daß sich dadurch das Einkommen der Arbeiter verschlechtern könnte. Genauso, wie die Demokratie im Staate um der Würde des Menschen willen gewollt werden müßte, selbst wenn man wüßte, daß ein totalitäres Regime unser Leben bequemer macht und den Lebensstandard erhöht.

Ich sagte eingangs, daß der Mensch nur dort als Bürger und nicht als Untertan lebt, wo er die Möglichkeit und die Macht hat, den Willen, dem er gehorcht, selbst mitzubestimmen. Man führt demgegenüber an, wenn man diesen Satz anwendet, daß ja der Arbeiter im Betriebe in Ausführung seines Arbeitsvertrages einen freiwillig abgeschlossenen Vertrag ausführe.

Das ist ein zu simple Betrachtungsweise. Der Betrieb ist ein Herrschaftsverhältnis, und der Dienstvertrag mit den korrespondierenden Versprechen, Dienst zu leisten und Lohn zu zahlen, ist nichts anderes als der Schlüssel, der das Tor zu dem Betrieb öffnet, der Akt, der den Arbeiter unter die Befehlsgewalt des Betriebsherren — wie ich an Stelle von „Unternehmer“ hier lieber sagen möchte — stellt und diesem die rechtliche Möglichkeit gibt, dem Arbeiter Befehle zu erteilen, denen dieser im Rahmen der übernommenen Verpflichtung gehorchen muß. Der Arbeiter, der einem Befehl seines Betriebsherren folgt, erfüllt damit nicht ein obligatorisches Verhältnis wie der Verkäufer, der die verkaufte Ware liefert, oder der Werkvertragsverpflichtete, der das Werk ausführt, sondern er leistet Gehorsam, weil er sich einmal durch Arbeitsvertrag einem unterstellt hat, der Befehl erteilen darf.

Im Geiste des Freiherrn vom Stein

Deswegen müssen, wenn keine bösen Diskrepanzen im Verhältnis des einzelnen zum Staat — das ja auch ein Gehorsams- und Befehlsverhältnis ist — und zu dem Lebensverhältnisse des Menschen im Betrieb sein sollen, Anpassungen beider Seinsordnungen erfolgen. Auf die

Dauer kann es nicht gut gehen, wenn sich Menschen zwar im Bereich des Staates kraft der Verfassung als selbstbestimmende Bürger fühlen dürfen, aber im Schwerefeld der Arbeitswelt, in der sie sich das Recht zum Leben erwerben, nämlich im Betrieb, mit der Rolle von Untertanen begnügen müssen.

Inwieweit kann man im Blick auf den gewerblichen Betrieb aber von Verfassung reden? — Nehmen wir in unserem Massenzeitalter einen Menschen, der jeden Tag in die Fabrik oder ins Büro geht. Für ihn ist doch die Betriebsordnung ebenso spürbar Verfassung wie die Verfassung des Staates.

Wenn wir also die Freiheit des Bürgers durch unsere ganze Lebenswirklichkeit hindurchwirken lassen wollen, dann müssen wir sie sich sowohl im staatlichen Apparat, als auch in den gesellschaftlichen Ordnungsbereichen entfalten lassen und zum Integrationsprinzip von Staat und Gesellschaft schlechthin machen. Das Mitbestimmungsrecht gehört in eine Sozialverfassung, die als demokratisch angesehen werden will, hinein, wer auch immer der Gebieter in den Betrieben sein mag. Auch dort, wo der Staat, auch dort, wo die Gemeinschaft aller Werktätigen Eigentümer der Betriebe sein sollten, muß der einzelne Arbeitnehmer und muß die Belegschaft als Ganzes vor der Gefahr geschützt werden, ausschließlich zum Gehorsam verpflichtetes Objekt der Anordnungen der Geschäftsleitungen zu werden.

Was den Freiherrn vom Stein einst bewegt hat, seine warnende Stimme gegen den zentralistisch herrschenden Staat zu erheben und das Recht des Menschen zu proklamieren, für die Ordnung der überschaubaren Lebensräume, in denen sich ihr Leben im persönlichsten vollzieht, selbst einzutreten, das gilt auch hier.

Die Grenzen der Mitbestimmung

Und wer soll nun die Arbeitnehmer repräsentieren, und wie weit soll sich die Mitbestimmung ausdehnen? Sie muß, wenn sie sinnvoll sein soll, wenn mit ihr wirklich Demokratie verwirklicht sein soll, den gesamten Bereich der Herrschaftsausübung über Menschen im Betrieb erfassen, also die Probleme der Arbeitsordnung, den Stil der Betriebsorganisation, der Menschenführung, kurz alles, was das persönliche Schicksal des Menschen im Betrieb betreffen kann. Der Mitbestimmung im Bereich der kaufmännischen und technischen Verantwortlichkeit der Betriebsleitungen sind natürlich Grenzen

gesetzt. Heute können unsere Betriebe auch im besten Fall nur etwa in der Art der konstitutionellen Monarchien des letzten Jahrhunderts demokratisiert werden. Aber eines scheint sicher zu sein: Das Schicksal des Arbeitnehmers kann durch nichts stärker betroffen werden als durch grundlegende und grundstürzende organisatorische Veränderungen. Darum sollte das Mitbestimmungsrecht zum Zuge kommen, wo kaufmännische oder technische Entscheidungen imstande sind, das Schicksal ganzer Gruppen der Belegschaft entscheidend zu bestimmen. Ich denke dabei an Betriebsverlagerungen, an massive Stilllegungen, an Rationalisierungsmaßnahmen, die Entlassungen großen Stils zur Folge haben müßten. Natürlich darf der kaufmännischen und technischen Notwendigkeit gegenüber keine Maschinenstürmerei betrieben werden. Das technisch und wirtschaftlich Notwendige wird immer getan werden müssen. Aber die Durchführung und die Überleitung in den neuen Zustand müssen im Einvernehmen mit den Vertretungen der Arbeitnehmer erfolgen. Ihre Verantwortlichkeit wird oftmals mehr Sachkunde verlangen, als reine Betriebsangehörige sie sich heute noch erwerben können.

Die Verantwortung der Gewerkschaften

Darum muß den Arbeitnehmern Gelegenheit gegeben werden, sich auch durch ihre überbetrieblichen Organisationen an der Mitbestimmung in den Betrieben zu beteiligen. Nur so wird es möglich sein, den Gefahren, die aus gewissen innerbetrieblichen Abhängigkeiten der Gesamtheit der Arbeitnehmerschaft erwachsen könnten, zu wehren. Nur so wird es möglich sein, in den Aufsichtsräten die Interessen und Vorstellungen der Arbeitnehmer durch Personen vertreten zu lassen, die den Vertretern der Aktionäre an fachlichem Wissen gleichwertig sind. Man spricht da gern von den „betriebsfremden Elementen“, die damit in die Unternehmungen kämen. Nun, ebenso gut wie die Aktionäre ihre Interessen durch Vertrauensleute, die mit dem Betriebe nichts zu tun haben — Banken z. B. — vertreten lassen können, ohne daß dadurch die Betriebe Schaden litten, müssen dies die Arbeitnehmer ebenfalls tun können.

Und wer könnte dafür geeigneter sein als eben die Gewerkschaft?! Jene Organisationen, die in einem Jahrhundert opfervollen Wirkens gezeigt haben, daß sie das Vertrauen nicht nur ihrer eingeschriebenen Mitglieder, sondern des ganzen demokratisch denkenden Volkes verdienen. Die Gewerkschaften stellen keine herrschsüchtige Machtzusammenballung dar, sie sind heute eine unverzichtbare Voraussetzung für die Möglichkeit allumfassender lebendiger Demokratie überhaupt.



VA-Superette im Knappenviertel

„VA-Superette“ heißt in Anlehnung an den Supermarkt die neue Verkaufsstelle der Verkaufsanstalten, die kürzlich an der Ecke Königsberger und Knappenstraße eröffnet worden ist. Sie ersetzt in Zukunft die 1880 an der Knappenstraße eingerichtete Verkaufsstelle Nr. 2. Der neue, auf das Modernste eingerichtete Selbstbedienungsladen zog vom ersten Augenblick die Kunden an, die auf 240 Quadratmetern Verkaufsfläche ein überwältigend umfangreiches und vielseitiges Warenangebot vorfinden. Unsere Bilder: Oben die Außenansicht der „Superette“ mit rund 40 Meter Schaufensterfront. Rechts: die erste Kundin war die Frau unseres Kollegen Johann Rous, Eisenbahnbauabteilung. Unten: Ein Blick in das reichhaltige Warenangebot.





So sieht das Ende aus! Die meisten, die sich Tag für Tag wie der Halsbrecher durch den Verkehr schlängeln oder rücksichtslos und ohne Licht durch die Straßen jagen, haben sich vielleicht noch nie so recht vor Augen geführt, wie schrecklich, wie grauenhaft, das Ende überhaupt aussehen kann. Und deshalb: Hersehen, Mopedfahrer!

Hersehen, Mopedfahrer!

Auf dem Wege nach Hause verunglückte kürzlich auf der Friesenstraße kurz vor einer Kreuzung ein neunzehnjähriger Belegschaftsangehöriger. Die polizeiliche Untersuchung hat ergeben, daß der junge Mann, mit seinem Moped mitten auf der Straße fahrend, frontal mit einem entgegenkommenden Lastkraftwagen zusammengestoßen war. Der Fahrer des Autos hatte vergeblich versucht, durch Bremsen und Ausweichen den Unfall zu verhindern. Die Wucht des Anpralls war so groß, daß der Schädel des jungen Mannes zertrümmert wurde und der Tod auf der Stelle eintrat.

*

Ähnlich erging es nur zwei Tage vorher einem 37jährigen Mitarbeiter, der mit seinem Moped ebenfalls ein Opfer des Straßenverkehrs wurde. In seiner Freischicht fuhr er während der Dunkelheit von hinten auf einen vorschriftsmäßig abgestellten und beleuchteten Lastkraftwagen auf. Dabei trug er schwere Kopfverletzungen, unter anderem einen Schädelbruch, davon. Er

wurde sofort ins Krankenhaus gebracht, wo er drei Tage später seinen schweren Verletzungen erlag.

*

Ein dritter Belegschaftsangehöriger liegt zur Zeit noch im Krankenhaus. Auch er ist mit seinem Moped verunglückt. Auf dem Wege zur Arbeitsstelle prallte er auf der Essener Straße in Höhe des Dampfkräftwerkes von hinten gegen einen schweren Lastwagenanhänger, der unter einer Straßenlaterne abgestellt war. Kollegen, die den Unfall beobachtet hatten, sorgten dafür, daß der 22jährige Mopedfahrer unverzüglich ins Krankenhaus gebracht wurde, wo sofort Blutübertragungen vorgenommen wurden.

*

Im Jahre 1958 waren im Stadtgebiet von Oberhausen 677 Mopedfahrer an Verkehrsunfällen beteiligt. Davon wurden 392 verletzt und sechs getötet. In diesem Jahr werden die Zahlen gewiß höher sein, denn bis zum 31. Oktober waren bereits 653 Mopedfahrer in Oberhausen in Verkehrsunfälle verwickelt. 362 wurden

dabei verletzt und acht getötet. Das sind schreckliche Zahlen, und sofort wird man an den Ausspruch erinnert, der schon fast zu einem geflügelten Wort geworden ist: „Immer diese Mopedfahrer!“

Ist das Mopedfahren denn wirklich eine so große Kunst, daß man täglich von Unfällen lesen muß und die Unfallzahlen so erschreckend hoch sind? Warum müssen immer wieder so viele Mopedfahrer auf unseren Straßen zu Schaden kommen? Sind Mopedfahrer oft nicht tauglich, ihr Fahrzeug sicher zu fahren? Oder warum mußten in so kurzer Zeit zwei Mopedfahrer aus unserem Kollegenkreis ihr Leben lassen? Ist der Mopedfahrer besonders gleichgültig und unvorsichtig?

Bei Verkehrskontrollen durch die Polizei zeigt es sich sehr oft, daß die Mopeds zu einem großen Prozentsatz nicht in einwandfreiem Zustand sind. Zumeist sind Beleuchtung und Bremsen nicht in Ordnung. Darauf aber sollte jeder Mopedfahrer besonderen Wert legen. Licht, Bremsen und einwandfreie Bereifung sind oft wichtiger als selbst die Räder. Nicht umsonst hat die Polizei im Oktober ihr Schwerpunktprogramm auf die Beleuchtung gelegt. Andererseits sind gute Bremsen für viele Verkehrsteilnehmer schon die Rettung in höchster Not gewesen.

Aber ein technisch einwandfreies Moped ist im Straßenverkehr noch keine Lebensversicherung. Umsicht und Vorsicht gehören genauso zum Fahren wie Rücksicht und Einsicht. Die Straße ist für alle da! Leider aber werden die Klagen über das Verhalten der Mopedfahrer immer häufiger. Rücksicht scheinen vor allem die jüngeren unter ihnen nicht zu kennen. Bei den meisten hapert es jedoch leider auch mit der Kenntnis der Verkehrsregeln und -regeln. Das gilt wiederum besonders für die älteren Mopedfahrer, die sich nicht mehr gerne einer freiwilligen Verkehrsschulung unterziehen.

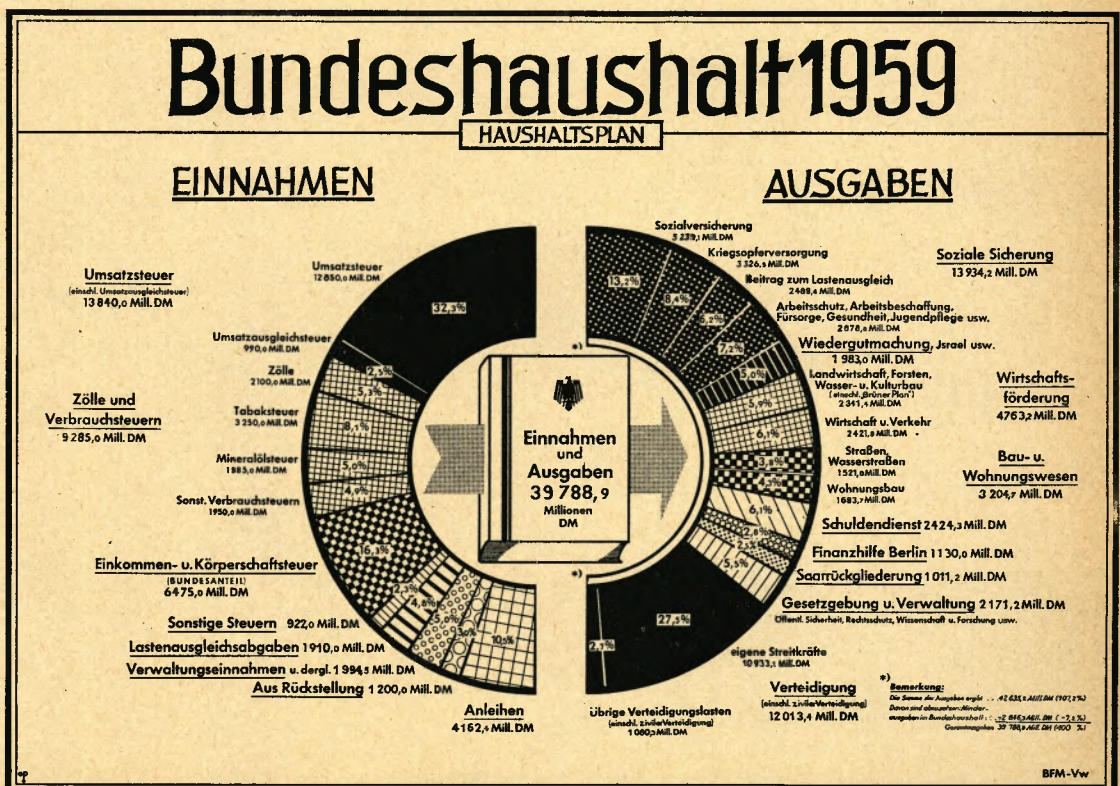
Aber auch alles Wissen um die Regeln und alle Erfahrung auf der Straße garantieren für nichts im heutigen Verkehrsgewühl. Den Leitsatz alter Hasen hinter dem Steuer „Lieber Vorfahrt vergeben und nach Hause, als Vorfahrt genommen und in den Himmel!“ sollten sich besonders die Mopedfahrer zu Herzen nehmen, die doch mit verhältnismäßig leichten Fahrzeugen ausgestattet sind.

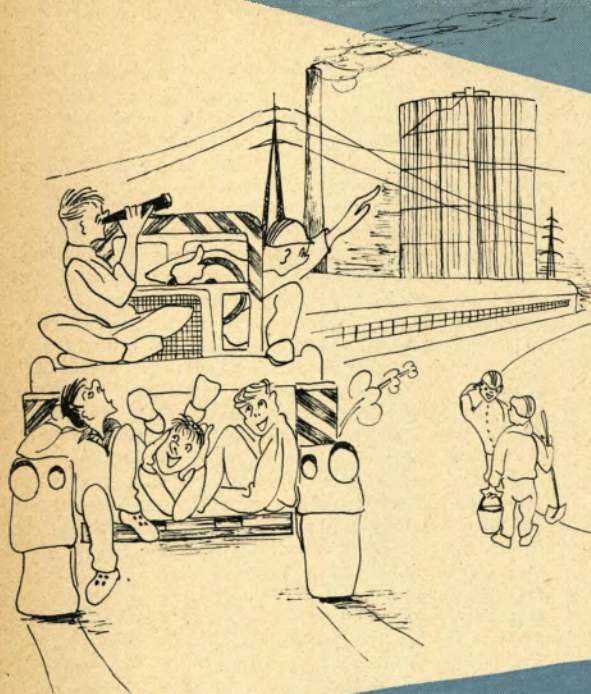
Herbst und Winter stellen an alle Verkehrsteilnehmer erhöhte Anforderungen. Nebel, Regen und die damit verbundenen schlüpfrigen Fahrbahnen, aber ebenso die längere Dunkelheit machen uns jetzt zu schaffen. Deshalb sollte niemand eine gutgemeinte Warnung in den Wind schlagen. Nur gar zu oft hängt im Verkehr ein Menschenleben am seidenen Faden, und einer, der noch frohgemut von zu Hause fortgefahren ist, liegt eine halbe Stunde später auf dem Operationstisch oder gar auf der Bahre. Denken wir doch auch einmal an unsere Angehörigen, wenn wir das nächste Mal wieder Gas geben, um ein wenig schneller zu sein, als der andere. „Komm gut heim!“ lautete das Motto der diesjährigen Verkehrserziehungswoche; „Komm gut heim!“ denken täglich auch die Deinen. Nur, wie oft haben wir das schon überhört?

Einnahmen und Ausgaben des Bundes

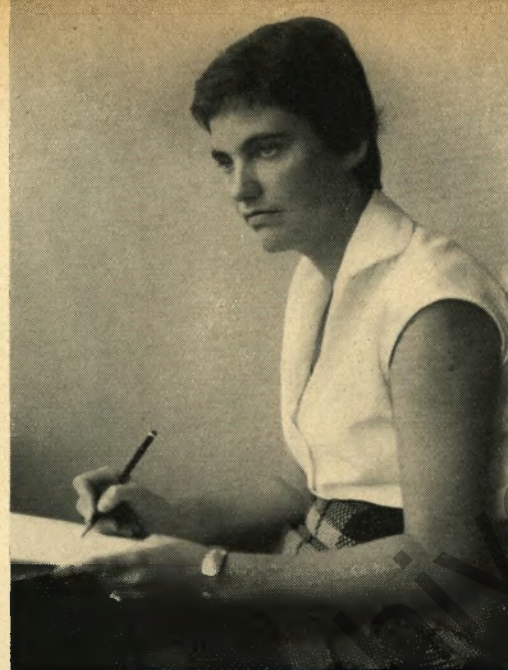
In Bonn hat das Tausziehen um den Bundeshaushalt begonnen. Es geht darum, wie die Steuer-Milliarden des Rechnungsjahres 1959 aufgeteilt werden. Wie der Kaufmann seine Bilanz, die Hausfrau ihren Monats-Etat, so stellt der Finanzminister seinen Haushaltsplan auf, denn auf eine geordnete Haushaltsführung kommt es bei der Verwaltung des Staatssäckels ebenso an wie im kaufmännischen oder privaten Leben. Dabei muß gemäß § 110 des Grundgesetzes der Bundeshaushalt in Einnahme und Ausgabe ausgeglichen sein. Wie nun der Bundeshaushalt 1959 sich zahlenmäßig entwickelt, zeigt ein Blick auf das nebenstehende Schaubild. Es ist nicht uninteressant, sich einmal in die Zahlen zu vertiefen. Denn schließlich sind es die von uns aufgetragenen Steuergroschen, über die der Bundesfinanzminister hier Rechenschaft gibt. Die höchste Ausgabe-Summe nimmt mit 35 Prozent der Etatposten „Soziale Sicherung“ ein. An zweiter Stelle folgen die Verteidigungslasten in Höhe von 30,2 Prozent. Im übrigen wurden rund 6 Milliarden Mark gegenüber dem laufenden Haushalt mehr angefordert. Das gilt vor allem für die Sozialausgaben, die im wesentlichen durch die Rentenanpassung (Heraufsetzung der allgemeinen Bemessungsgrundlage) um 1,5 Milliarden DM höher eingesetzt werden. Diesen Mehranforderungen stehen Einsparungen in Höhe von etwa 1 Milliarde gegenüber. An Mehreinnahmen erwartet das Bundesfinanzministerium rund 2,5 Milliarden DM.

Der Bundesfinanzminister steht also vor der schweren Entscheidung, ob er weiterhin zu seinem Wort stehen und ohne Steuererhöhungen auskommen kann. Immerhin hat er gleich nach seinem Amtsantritt angedeutet, er wolle ein „am Rande des Defizits sich bewegendes Gratwanderer“ sein. Im Gegensatz zu der Finanzpolitik seines Vorgängers, des Schöpfers des längst nicht mehr existenten „Juliusturns“. S.





Ich finde,
so ein „Känguruss“
eignet sich bestens
zur Durchführung
von Werksbesichtigungen.



Caren Sträter erlernt an der Universität Marburg, der sich eine Abteilung „Fertigung von Zeichen- und Malkünsten“ anschließt, das Graphiker-Handwerk. In ihren Semesterferien war sie in diesem Sommer als Werkstudentin einige Wochen in unserer Pressestelle, wo sie nicht nur Bürokratie erledigte, sondern auch Gelegenheit hatte, sich dafür zu interessieren, wie unser „echo der arbeit“ entsteht. Nach der für alle Neulinge üblichen Werksbesichtigung legte sie eines Tages Titel und Rückseite dieser Ausgabe vor. Sicherlich werden die Arbeiten der sympathischen Oberhausenerin gefallen, bestimmt aber wird das Bild der jungen Dame erfreuen.

Diesen Mitarbeiter hörte ich sagen:
„Ein für allemal,
von jetzt ab ist Schluß
mit den alten Gurken –
für mich gibt es nur noch
Sicherheitshelm
und Sicherheitsschuhe!“



In der Mittagspause
beobachtete ich diese beiden Verkehrssünder
auf ihren „Rollstühlen“



Als ich die Schutzmasken
der Stahlwerker sah,
fühlte ich mich fast
auf den Mars versetzt.



Nach meinen Beobachtungen
dienen die Aufzüge in der
Hauptverwaltung
zu bestimmten Tageszeiten
in erster Linie der Auslieferung
von Milch und Mineralwasser.
Die Besucher – darunter auch Kunden –
sind derweil zum geduldigen
Warten verurteilt.